

Katharina Hajek

Familie und Biopolitik

Regulierung und Reproduktion
von Bevölkerung in der
»nachhaltigen Familienpolitik«

campus

Familie und Biopolitik

Reihe »Politik der Geschlechterverhältnisse«
Band 62

Herausgegeben von Ina Kerner, Cornelia Klinger, Eva Kreisky,
Andrea Maihofer und Birgit Sauer

Dr. Katharina Hajek ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Kulturwissenschaft der Universität Koblenz-Landau. Zuvor war sie Universitätsassistentin an der Universität Wien. Sie absolvierte Gastaufenthalte an der York University/Toronto sowie an der TU Berlin und war als Lehrbeauftragte an mehreren Universitäten im deutschsprachigen Raum tätig. Katharina Hajek forscht und schreibt zu den Themen Familie, Biopolitik, soziale Reproduktion und politische Repräsentation.

Katharina Hajek

Familie und Biopolitik

Regulierung und Reproduktion von Bevölkerung
in der »nachhaltigen Familienpolitik«

Campus Verlag
Frankfurt/New York

ISBN 978-3-593-51109-2 Print
ISBN 978-3-593-44228-0 E-Book (PDF)

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernehmen wir keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.
Copyright © 2020. Alle Rechte bei Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main
Umschlaggestaltung: Guido Klütsch, Köln
Gesetzt aus der Garamond
Druck und Bindung: CPI buchbücher.de, Birkach
Gedruckt auf Papier aus zertifizierten Rohstoffen (FSC/PEFC)
Printed in Germany

www.campus.de

Für Anna Hajek (1925–2017)

Inhalt

- Dank..... 13
- 1 Einleitung..... 15
 - 1.1 Fragestellung..... 19
 - 1.2 Verortung und Forschungsinteresse 20
 - 1.3 Zum Aufbau der Arbeit 31
- 2 Biopolitik und Bevölkerung bei Foucault 35
 - 2.1 Historischer Kontext..... 36
 - 2.2 Biopolitik und die Frage der Rekonstruktion 38
 - 2.2.1 Von der systematischen Rekonstruktion 40
 - 2.2.2 ... zur historischen Rekonstruktion: Die Problematik der
Gouvernementalitätsvorlesungen..... 43
 - 2.3 Die Genealogie der Biopolitik bei Foucault..... 45
 - 2.3.1 Staatsräson..... 46
 - 2.3.2 Polizei..... 49
 - 2.3.3 Physiokratie 55
 - 2.3.4 Bevölkerung..... 57
 - 2.3.5 Rassismus 61
 - 2.3.6 Biopolitik..... 62
 - 2.3.7 Sicherheitsdispositive 64
 - 2.3.8 Milieu..... 66
 - 2.4 Zwischenfazit: Biopolitik als Analysebegriff..... 69

3	Soziale Reproduktion in der Feministischen Politischen Ökonomie ...	75
3.1	Der Begriff der sozialen Reproduktion	76
3.1.1	Die Geschichte des Begriffs der sozialen Reproduktion.....	76
3.1.2	Die Abgrenzung des Begriffs der sozialen Reproduktion.....	79
3.1.3	Definition und Analytik.....	81
3.1.4	Soziale Reproduktion und historische Ontologie	84
3.2	Die soziale Ontologie sozialer Reproduktionsverhältnisse	86
3.2.1	Die Trennung von Produktion und Reproduktion	88
3.2.2	Soziale Reproduktion im Liberalismus.....	91
3.2.3	Soziale Reproduktion im Nationalsozialismus	96
3.2.4	Soziale Reproduktion im Fordismus	97
3.2.5	Soziale Reproduktion im Neoliberalismus	100
3.3	Zwischenfazit: Diversifizierung, Kommodifizierung und Umbauten.....	114
4	Biopolitik als Regulierung sozialer Reproduktionsverhältnisse	121
5	<i>Zurück zu Foucault</i> : Familie als Wissensobjekt und Milieu der Biopolitik.....	131
5.1	Ein genealogischer Begriff von Familie.....	132
5.2	Familie und Souveränität	136
5.2.1	Familie als ›Zelle der Souveränität‹.....	137
5.2.2	Von der Öffentlichkeit der Familie und der patriarchalen Verfügungsgewalt	141
5.3	Familie und Disziplin.....	144
5.3.1	Familie als Technologie.....	144
5.3.2	Die Verdichtung der Familie zum körperlichen, affektiven und sexuellen Raum	145
5.3.3	Die Refamilialisierung der Subalternen	146
5.3.4	Die medizinisierte Familie des Bürgertums.....	148
5.3.5	Das neue politische und ökonomische Interesse am Kind	150

5.4	Familie und Biopolitik	151
5.4.1	Repressionshypothese und Sexualitätsdispositiv	151
5.4.2	Sexualitätsdispositiv und Allianzdispositiv	153
5.4.3	Die Familie: vom Modell zum Instrument von Regierung	155
5.4.4	Die umkämpfte biopolitische Medizinisierung der Familie	156
5.4.5	Distinktion und Disziplinierung: Familie als klassenselektives Projekt.....	159
5.5	Zwischenfazit: Familie als Analysebegriff.....	164
6	Das Forschungsdesign: interpretative Policy-Analyse und Diskursanalyse	173
6.1	Verortung in der interpretativen Policy-Analyse.....	173
6.2	Diskursanalyse	181
6.3	Operationalisierung und Aufbau der empirischen Analyse.....	184
7	Familienpolitik in Deutschland.....	187
7.1	Die institutionalisierte Familienpolitik in der Bundesrepublik Deutschland bis 2002	188
7.1.1	»Der Wille zum Kind« – Familienpolitik von der Gründung der Bundesrepublik bis 1969	188
7.1.2	Rechte statt Pflichten – die Familienpolitik unter der sozial- liberalen Koalition von 1969 bis 1982.....	195
7.1.3	Aktualisierung des Ernährermodells – die christlich-liberale Koalition von 1982 bis 1998	197
7.1.4	»Familie und Gedöns« – die rot-grüne Koalition von 1998 bis 2002	201
7.2	Familienpolitische Maßnahmen von 2002 bis 2008	203
7.2.1	Das Tagesbetreuungsausbaugesetz.....	204
7.2.2	Das Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz.....	206
7.2.3	Das Kinderförderungsgesetz.....	208
7.3	Zwischenfazit: familienpolitische Reformen in den 2000er Jahren	209

8	Die nachhaltige und bevölkerungsorientierte Familienpolitik 2002 bis 2008.....	213
8.1	Akteure und Materialbeschreibung	214
8.1.1	Wissenschaftlicher Beirat für Familienfragen beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ..	214
8.1.2	Bert Rürup und Sandra Gruescu	216
8.1.3	Institut der deutschen Wirtschaft	218
8.1.4	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung	221
8.1.5	Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut.....	222
8.1.6	Hans Bertram, Nancy Ehlert und Wiebke Rösler	223
8.1.7	Malte Ristau.....	225
8.2	Problem I – der »Pisa-Schock« und die Frage der familialen Humanvermögensproduktion	226
8.3	Problem II – die niedrige Geburtenrate	231
8.4	Zum »politischen Fassungsvermögen«: Migration als Lösung?....	238
8.5	Nachhaltig und bevölkerungsorientiert – Begrifflichkeiten und Politikziele	239
8.6	Das Wissen um Familie und die Neuausrichtung der Familienpolitik	244
8.6.1	Das Private und Natürliche in der biopolitischen Regulierung...	244
8.6.2	Die Veränderung und Persistenz von Familie und familialer Subjektivität	247
8.6.3	Die neue Illegitimität und Dysfunktionalität des Ernährer- Hausfrauen-Modells	249
8.6.4	»Reproduktive Wünsche«.....	251
8.7	Familie als Milieu: das biopolitische Verhältnis von Familie, Bevölkerung und Gesellschaft	253
8.7.1	Die Reproduktionsfunktion der Familie: die physische Reproduktion der Bevölkerung	259
8.7.2	Die Sozialisationsfunktion der Familie: die Produktion von Humanvermögen.....	262

8.8	Die Subjektivitäten der nachhaltigen Familienpolitik.....	267
8.8.1	›Die Unternehmerin ihrer Reproduktion‹.....	268
8.8.2	Die Frauen fragen! – Pluralisierung weiblicher Subjektivität	271
8.8.3	Männer: Die stille Reserve in der Betreuung.....	274
8.8.4	Die Zukunft im Kind	276
8.9	›Toxische Familien: Rassismus und Klasse in der bevölkerungsorientierten Familienpolitik.....	279
8.9.1	›Migrationshintergrund‹	282
8.9.2	Klasse	282
8.9.3	Synthese: der Bildungsstand und das Humanvermögen	285
8.9.4	›Gefährdete Kinder: die biopolitische Differenzierung der Sozialisationsfunktion.....	288
9	Fazit – die sozialinvestive Biopolitik und die Neuorganisation sozialer Reproduktionsverhältnisse.....	293
9.1	Zusammenfassung der Forschungsergebnisse	294
9.2	Ausblick	303
	Materialkorpus.....	307
	Sigelverzeichnis Michel Foucault.....	309
	Literatur	311

Dank

Dieses Buch ist die überarbeitete Fassung einer Dissertationsschrift, die im August 2018 am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien vorgelegt wurde. Danken möchte ich zuallererst Birgit Sauer, die die Arbeit betreut, mit ihrem Wissen, ihren klugen Fragen und ihrer Zeit begleitet und mich in den letzten Jahren nachhaltig unterstützt hat. Das kann ich nicht genug betonen. Gundula Ludwig und Benjamin Opratko haben weite Teile der Arbeit gelesen, scharfsinnig kommentiert und mit mir diskutiert. Danke dafür. Die Teilnehmer_innen des Dissertant_innenkolloquiums am Institut für Politikwissenschaft haben mir die Möglichkeit gegeben, die Argumente dieser Arbeit immer wieder diskutieren und kollektiv reflektieren zu können. Mein Dank gilt insbesondere Edma Ajanovic, Florian Anrather, Alev Cakir, Katja Chmilewski, Ayse Dursun, Katharina Fritsch, Myriam Gaitsch, Daniel Lehner, Stefanie Mayer, Jürgen Portschy und Leda Sutlovic. Desiree Hebenstreit, Veronika Helfert und Nina Wlazny möchte ich dafür danken, mir einen Raum gegeben zu haben, in dem die Höhen und Tiefen des Arbeits- und Schreibprozesses geteilt und bearbeitet werden konnten.

Ein Marietta-Blau-Stipendium des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung (BMBWF) ermöglichte die Arbeit an mehreren produktiven Orten. Isabella Bakker danke ich für die Einladung an die York University/Toronto, wo mich insbesondere Ann Porter und die Teilnehmer_innen des Women and Politics Course herzlich in ihre Diskussionszusammenhänge aufgenommen haben. Sabine Hark danke ich für die Einladung ans Zentrum für Interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung an der TU Berlin. Mein Dank für die tolle Arbeits- und Diskussionsatmosphäre gilt dem gesamten Team und dem Kolloquium des ZIFGs und insbesondere Hildegard Hantel, Mike Laufenberg und Hanna Meißner.

Ich durfte in den letzten Jahren zudem von unzähligen Diskussionen und der Zusammenarbeit mit folgenden Personen lernen, denen ich ausdrücklich danken möchte: Brigitte Bargetz, Ulrich Brand, Alex Demirović, Julia Dück,

Daniel Fuchs, Anna Götz, Christian Haddad, Käthe Knittler, Eva Kreisky, Andrea Kretschmann, Marion Löffler, Isabel Lorey, Kelly Mulvaney, den Redaktionsmitgliedern der *PROKLA*, Katharina Pühl, Hans Pühretmayer, Jemima Repo, Felicita Reuschling, Silvia Schröcker, Angelika Striedinger, Mariana Schütt, Susanne Schultz, Franziska Schutzbach, Stefanie Wöhl, Tobias Zortea, den Studierenden meiner Lehrveranstaltungen an den Universitäten Wien, Bochum, Klagenfurt und Koblenz. Die beiden Kater Hermit in El Poble-Sec und Igor in Neukölln haben die Arbeit wochenweise mit ihrem strengen Blick und ihrem Schnurren begleitet.

Tobias Boos, Alina Brad, Veronika Duma, Andrea Kretschmann, Melanie Pichler und Georg Spitaler haben Teile der Arbeit gelesen, mit wichtigen Kommentaren versehen und sind mir darüber hinaus in Freundschaft zur Seite gestanden.

Den Gutachterinnen Annette Henninger und Andrea Maihofer danke ich für die sorgfältige Lektüre, die kritischen Nachfragen und wertvolle Hinweise, die in das Buch eingeflossen sind.

Am Institut für Kulturwissenschaft an der Universität Koblenz-Landau habe ich zudem einen produktiven, solidarischen und wertschätzenden Kontext vorgefunden, in dem die Dissertation zum Buch werden konnte. Mein Dank gilt den Kolleginnen und Kollegen und insbesondere Ina Kerner. Den Herausgeberinnen der Reihe »Politik der Geschlechterverhältnisse« danke ich für Publikation meiner Arbeit. Judith Wilke-Primavesi vom Campus Verlag und Andrea Kremser für ihre nette Betreuung, ihre Geduld und Ausdauer.

Schließlich möchte ich Maria und Paul Hajek, sowie Ove Sutter danken, deren Unterstützung mir in den letzten Jahren sehr wichtig war.

1 Einleitung

Im Zuge einer Volkszählung unter der österreichischen Kaiserin Maria Theresia erhielten die Beamten den Auftrag, Familien nach folgenden Kriterien zu erfassen:

»Zu einer Familie sollen alle diejenigen gerechnet und folglich auf dem nämlichen Familienbogen eingeschrieben werden, welche nicht für sich selbst kochen, sondern unter einem und dem nämlichen Hausvater oder Mutter am gemeinschaftlichen Tisch und Brot genährt werden, sie seien verheiratet oder nicht; mithin wird jeder, der andere bei sich zu nähren hat, als ein Familienoberhaupt angesehen.« (Alfred Gürtler, zit. n. Mitterauer 1978, 80)

Eine Familie bezeichnet im Habsburgerreich des Jahres 1777 also einen Personenverband, für den »gekocht wird« und der am »gemeinschaftlichen« Tisch isst. Familie bezieht sich hier auf die Hausgemeinschaft des bäuerlichen Hofes oder des städtischen Handwerksbetriebes und umfasste neben dem Familienoberhaupt und seinem/ihrer Ehegatten auch die Kinder und (die oftmals zahlreichen) Stiefkinder, Dienstboten und Gesinde (die zur Verwirrung der Historiker_innen wiederum oft den Namen des Hausvaters trugen), Inleute, also Besitzlose, die gegen Mitarbeit im Betrieb im Haus wohnten, wie auch die sogenannten Austrager_innen, die ehemaligen Inhaber_innen des Gutes oder der Wirtschaft, die weiterhin Wohnrecht besaßen. All diese wurden ohne grundsätzliche Differenzierung zur Familie gezählt. Ein eigener Begriff für den engeren Kreis von Ehegatten und ihren leiblichen Kindern fehlte zu dieser Zeit im Deutschen noch gänzlich. Musste dennoch gesondert auf diese Konfiguration im Kontext der Hausgemeinschaft Bezug genommen werden, wurde sie mit »NN mit Weib und Kind« umschrieben: »Sie ist als solche für sich allein genommen eben keine separierte soziale Einheit, keine Gruppe im Verständnis der Zeitgenossen.« (Mitterauer 1978, 79). Mit Familie wurde der große Kreis einer Haushaltsgemeinschaft bezeichnet, welche vom Hausvater oder – wie das obige Zitat

zeigt – gelegentlich auch von einer Hausmutter »genährt« wurde und die damit im übertragenen Sinne die Bedingungen ihrer alltäglichen Reproduktion (Nahrung, Wohnraum) bereitgestellt bekam (Mitterauer 1978, 77ff.).

Wieso der Bezug auf die Definition von Familie im 18. Jahrhundert in der Einleitung zu einer Arbeit, in der es um die Familienpolitik im 21. Jahrhundert in Deutschland gehen soll? Mit dieser Anekdote können drei Punkte greifbar gemacht werden, die für die vorliegende Arbeit zentral sind. Zum *Ersten* macht das Beispiel anschaulich, dass Familie weit davon entfernt ist, etwas immer schon Gegebenes oder eine quasi überhistorische Konstante zu sein. Familie hat vielmehr eine Geschichte – ihre Bedeutung verändert sich mit der Zeit. Das Schlaglicht auf das Jahr 1777 veranschaulicht den Umfang und den grundlegenden Charakter des Bedeutungswandels im Vergleich mit dem, was gegenwärtig etwa im Alltag, in den (Sozial-)Wissenschaften oder in der Politik unter Familie verstanden wird. Dies lässt sich anhand einiger allgemeiner Beobachtungen erläutern: Zunächst fällt auf, dass Familie im obigen Zitat vor allem über das »ganze Haus« (Brunner 1978) und damit den »Ort« der alltäglichen Reproduktion eines Personenkreises gefasst wird. Ein Verständnis von Familie als intimmem Raum oder generativer Gemeinschaft spielt hier keine Rolle. Der Verwandtschaftsbeziehung kommt höchstens in erbrechtlichen Fragen Bedeutung zu. Demgegenüber scheint heute der konkrete »Ort« – *der Haushalt* – für die Definition von Familie an Bedeutung verloren und zugleich die (oft biologischen) Beziehungen zwischen den Familienmitgliedern und ihr generativer Charakter an Bedeutung gewonnen zu haben: *Familie ist nun dort, wo Kinder sind*. Das hat auch den Kreis derer, die heute geläufig als Familienmitglieder bezeichnet werden, verändert, vor allem verkleinert und auf die engsten Verwandtschaftsbeziehungen konzentriert. Zudem haben sich die familialen Subjektivitäten ausdifferenziert. Während in obigem Zitat einzig das Familienoberhaupt in seiner oder ihrer Funktion benannt wird, die Familie zu ernähren, fehlen die gegenwärtig so zentralen vergeschlechtlichten Differenzierungen noch völlig. Die Figur der Mutter ist ebenso wenig benannt wie das Kind und damit verbunden die Kindheit als eigene Lebensphase, die der besonderen Zuneigung und Aufmerksamkeit der Eltern bedarf. Familie war auch weit davon entfernt, einen privaten Ort intimer Naheverhältnisse zu bezeichnen. Die heute so grundlegende Differenzierung von öffentlich und privat war 1777 noch nicht ausgebildet. Damit sind nur einige Punkte skizziert, die zeigen, wie grundlegend sich die Bedeutung von Familie verändern kann (vgl. hierzu Maihofer 2014).

Der *zweite*, für meine Arbeit zentrale Punkt betrifft die Tatsache, dass solch frühe Definitionen von Familie nicht zufällig im Rahmen von Volkszählungen aufkamen. Definition und Erfassung von Familien waren und sind, so möchte ich herausstreichen, Teil von Biopolitik. Im Rahmen des aufgeklärten Absolutismus begann Maria Theresia, wie viele andere europäische Regent_innen, ab Mitte des 18. Jahrhunderts ihre Bevölkerung systematisch zu erfassen. Diese Zählungen waren Teil einer Heeres- und Steuerreform und fanden im Kontext der Errichtung einer modernen staatlichen Verwaltung und eines Schulwesens mit allgemeiner Schulpflicht statt. Die Definition von Familie, ihre Zählung und die Registrierung ihrer Mitglieder diente einer Biopolitik, die die Anzahl der wehrfähigen Männer wie auch der Steuerpflichtigen und ihrer wirtschaftlichen Position zu erfassen suchte. Die Definition von Familie wird im 18. Jahrhundert Teil und zentrales Vehikel einer Politik, die ihre Bevölkerung genau kennen musste. Erst dieses Wissen stellte die Basis dafür dar, in die Bevölkerung zu intervenieren und wirtschafts-, verteidigungs-, bildungs- und finanzpolitisch agieren zu können – dies ist der Kerngedanke des Konzeptes der Biopolitik von Michel Foucault. Vorliegende Arbeit argumentiert also, dass Familie in diesem Sinne bis heute als zentraler Teil von Biopolitik zu begreifen ist und die Grundlage für die politische Regulierung von Bevölkerung darstellt.

Drittens zeigt sich im obigen Zitat bei allen Differenzen in Bezug auf das heutige Verständnis von Familie auch eine Konstante, die sich in der zentralen Rolle des Essens und des gemeinschaftlichen Tisches zeigt: Mit Familie ist eine spezifische Organisation der sozialen Reproduktion bezeichnet. Damals wie heute ist sie der Ort, an dem grundlegende Bedürfnisse – etwa nach Essen, Wohnen und affektiver Nähe – befriedigt werden oder werden sollten. Familie verweist damit auf eine spezifische Art und Weise, wie die alltägliche und intergenerationelle Reproduktion, das heißt die Fürsorge und Pflege, die Generativität und die generelle Arbeit an menschlichen Bedürfnissen gesellschaftlich organisiert und institutionalisiert ist. Familie zeigt – zugespitzt formuliert – an, wer, wie, in welchem Rahmen sowie, historisch später, im Verhältnis zu anderen Institutionen reproduktive Tätigkeiten übernimmt beziehungsweise übernehmen soll.

Die sich wandelnde Bedeutung von Familie, ihre funktionale Seite als Teil von Biopolitik sowie ihr grundlegender Bezug zur gesellschaftlichen Organisation sozialer Reproduktion stellen die Eckpunkte der vorliegenden Arbeit dar. Mit Bezug auf diese drei Dimensionen widme ich mich im Laufe dieser Arbeit der »nachhaltigen« (Rürup/Gruescu 2003; Bertram/Rösler/

Ehlert 2005) oder »bevölkerungsorientierten Familienpolitik« (IW 2004; im Folgenden ohne Anführungszeichen) in Deutschland. In ihrem Rahmen wurden zwischen 2002 und 2008 mehrere weitreichende Reformen, wie die Einführung eines einkommensabhängigen Elterngeldes und der Ausbau der öffentlichen Kindertagesbetreuung, umgesetzt. Konkret fokussiere ich auf das Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG) von 2004, das Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz (BEEG) von 2006 sowie das Kinderförderungsgesetz (KiföG) von 2008. Die vertiefte Auseinandersetzung mit diesen Gesetzen ist insofern interessant und lohnend, als sie in mehrfacher Hinsicht einen *Bruch* mit der bundesdeutschen Familienpolitik der Jahrzehnte zuvor anzeigen. Zum *Ersten* liegen der Ausbau der außerhäuslichen Kinderbetreuung und die Forcierung der Erwerbstätigkeit von Müttern, die mit dem Elterngeld verbunden ist, quer zum Subsidiaritätsprinzip (Esping-Andersen 1990) und zum starken Ernährermodell (Lewis/Ostner 1994), die den deutschen Wohlfahrtsstaat seit seiner Entstehung geprägt haben. In diesem Rahmen war die Familie als der eigentliche »Ort« der Wohlfahrtsproduktion, das heißt auch der Betreuung und Erziehung von Kindern, vorgesehen. Der Sozialstaat sollte nur dort zum Tragen kommen, wo die Familie diesen Aufgaben nicht mehr nachkommt oder nachkommen kann. Flankiert wurde dies von einem sozialpolitisch institutionalisierten Ernährermodell, in dem ein in Vollzeit erwerbstätiger Mann für das Familieneinkommen sorgt, während die Frau nicht oder nur als Zuverdienerin arbeitet und die Haushaltsführung, die Pflege älterer Menschen sowie die Betreuung der Kinder im »Privaten« übernimmt. Dieses institutionell abgesicherte Arrangement wird durch die familienpolitischen Reformen der nachhaltigen Familienpolitik infrage gestellt und partiell aufgelöst. *Zweitens* bezieht sich die Diagnose vom Bruch auf die Tatsache, dass im Rahmen der bevölkerungsorientierten Familienpolitik erstmals seit langem wieder explizit bevölkerungspolitische Ziele artikuliert wurden. Im Kontext der rassistischen bis eliminatorischen Bevölkerungspolitik des nationalsozialistischen Regimes waren programmatische Zielsetzungen in diesem Bereich in der Bundesrepublik Deutschland lange Zeit tabu. Familienpolitik war im Kontext des Subsidiaritätsprinzips vorrangig auf den Institutionenschutz, das heißt auf die Stabilisierung der Kernfamilie und der mit ihr verbundenen arbeitsteiligen Lebensweise ausgerichtet. Die bevölkerungsorientierte Familienpolitik nennt demgegenüber nun (wieder) die niedrige Geburtenrate oder das geringe Humanvermögen in Deutschland als Motive für familienpolitische Reformen. *Drittens* kann in

den 2000er Jahren ein massiver Bedeutungsgewinn von Familienpolitik verzeichnet werden. Familienpolitik wurde ab 2002 von einem ›weichen‹ und relativ marginalisierten zu einem ›harten‹ Politikfeld. Dies zeigt sich im höheren Budget, das das Familienministerium mit dem Elterngeld verwaltet, wie in der neuen, mächtigen Akteurskonstellation, die hinter den Reformen steht sowie in der breiten und kontrovers geführten medialen Debatte, die die Reformen begleitete. *Schließlich* stellt die nachhaltige Familienpolitik einen Bruch dar, als sie sich gegen die Entwicklung des deutschen Sozialstaates seit den 1970er Jahren quasi zu sträuben scheint. Im Kontext des breiten Abbaus sozialstaatlicher Institutionen und der Kürzung von Leistungen stechen die Maßnahmen der nachhaltigen Familienpolitik insofern heraus, als sie demgegenüber massive *Mehrausgaben* und einen *Ausbau* der sozialstaatlichen Institutionen nach sich ziehen.

1.1 Fragestellung

Diese – hier nur angedeuteten – Entwicklungen zeigen zugleich, dass mit der Analyse der Familienpolitik über das Politikfeld hinaus grundlegende (Neu-)Verhandlungen von Geschlechterverhältnissen und vergeschlechtlichten Identitäten sowie Regulierungsweisen von Bevölkerung und Arbeitskraft gefasst werden können. Daran anschließend lassen sich die forschungsleitenden Fragen und das Erkenntnisinteresse dieser Arbeit darlegen. Zum *Ersten* fasse ich die nachhaltige Familienpolitik – anknüpfend an die einleitenden Überlegungen – als Biopolitik und als Politik der Regulierung sozialer Reproduktionsverhältnisse. Das heißt, ich analysiere die nachhaltige Familienpolitik zum einen als *Regulierung von Bevölkerung* im Sinne spezifischer Ziele. ›Familie‹ wird so zum Objekt und ›Vehikel‹ einer Politik, die auf eine spezifische quantitative und qualitative Zusammensetzung von Bevölkerung ausgerichtet ist. Zum anderen, und damit zusammenhängend, fasse ich Familienpolitik als Politik der Regulierung und Organisation *sozialer Reproduktionsverhältnisse*. Ich analysiere die nachhaltige Familienpolitik als Neuorganisation und Zuschreibung reproduktiver Verantwortungen und Tätigkeiten der Pflege und Betreuung an spezifische Subjektivitäten und Institutionen. Unter Subjektivitäten verstehe ich dabei die programmatischen Männlichkeits- und Weiblichkeits-, beziehungsweise Väter- und Mütterbilder, die durch eine politische Programmatik formuliert werden.

Familienpolitiken artikulieren damit in meiner Lesart auch immer ein spezifisches Geschlechterverhältnis und ein spezifisches Verhältnis von öffentlich und privat, das heißt von dem, was Gegenstand öffentlichen Interesses ist und dem, was als individuelle Zuständigkeit privatisiert und naturalisiert wird (Sauer 2001, 5f.). Damit erfolgt eine programmatische Neuausrichtung dahingehend, wem, wie und in welchen Kontexten reproduktive Verantwortungen zukommen soll, und von welchen (vergeschlechtlichten) Subjektivitäten diese erbracht werden sollen.

Der erste Teil meiner Fragestellung bezieht sich also darauf, *wie und gemäß welcher Ziele Bevölkerung in der nachhaltigen Familienpolitik reguliert werden soll und welche Neuorganisation von Reproduktionsverhältnissen damit verbunden ist.*

Zweitens argumentiere ich im Rahmen dieser Arbeit, dass mit der nachhaltigen Familienpolitik ein neues Verständnis von Familie einhergeht. Die oben skizzierten Brüche, so meine Überlegung, zeigen nicht nur eine grundlegende Neuausrichtung der Familienpolitik an, sondern verändern auch das Verständnis des zentralen ›Regierungsobjektes‹ dieser Politik, der Familie. Ich analysiere diese Bedeutungsveränderung – und damit *das Wissen um Familie selbst* – als zentrales Moment der biopolitischen Regulierung und Reproduktion von Bevölkerung. Der zweite Teil meiner Forschungsfrage lautet daher: *Welches Verständnis von Familie wird im Zuge der nachhaltigen Familienpolitik artikuliert? Welche Bedeutung kommt Familie in diesen Politiken zu? Was kann daraus für das Verständnis von Familienpolitik und der Funktionsweisen gegenwärtiger Biopolitiken geschlossen werden?*

1.2 Verortung und Forschungsinteresse

Mit der Beantwortung dieser Fragen möchte ich in zweifacher Weise zur wissenschaftlichen Diskussion um Biopolitik, soziale Reproduktion und die politikwissenschaftliche, feministische und geschlechterkritische Debatte um Familie und Familienpolitik beitragen. Auf *konzeptionell-theoretischer Ebene* leistet diese Arbeit eine produktive Zusammenführung des Begriffs der Biopolitik von Michel Foucault und des Begriffs der sozialen Reproduktion in der geschlechterkritischen Forschung. Damit soll im Anschluss an die Fragestellung nicht nur die Rolle von Familie in der biopolitischen Regulierung der Bevölkerung und der sozialen Reproduktionsverhältnisse gefasst werden. Darüber hinaus verlaufen die Debatten zu beiden Begriffen bisher weitestgehend unabhängig voneinander – und das obwohl beide im Kern

auf die gleiche Problematik, nämlich auf die Analyse der Regulierung und Reproduktion von Bevölkerung abzielen. Über eine Zusammenführung, so möchte ich argumentieren, können hier die jeweiligen Leerstellen bearbeitet und die jeweiligen analytischen Schwerpunkte produktiv integriert werden. Im Rahmen der *empirischen Analyse* widme ich mich vor allem den programmatischen Grundlagen der nachhaltigen Familienpolitik und damit einem Materialkorpus, dessen systematische Untersuchung bisher ausgeblieben ist. Mit einem interpretativen Ansatz wird so ein Beitrag zur Policy-Forschung in diesem Bereich geleistet, der vor allem die zentrale Rolle der Bedeutungsproduktion und der Wissensbestände in diesem Politikbereich hervorhebt. Damit können nicht nur die programmatischen bevölkerungspolitischen und reproduktionsbezogenen Implikationen dieser Politik aufgezeigt werden. Zudem können auch über das konkrete Politikfeld hinaus Aussagen über die gegenwärtige Veränderung von Geschlechterverhältnissen sowie die Neuartikulation von sozialen und rassistischen Ungleichheiten getätigt werden.

Dieses Vorhaben möchte ich mit einem kurzen Blick auf den gegenwärtigen Stand der Forschung noch einmal stärker konturieren. In Bezug auf die erste, konzeptionell-theoretische Ebene sticht zunächst die Konjunktur der feministischen und geschlechterkritischen Foucault-Rezeption und der Publikationen zu Geschlecht und Gouvernementalität im Besonderen seit den frühen 2000er Jahren ins Auge (vgl. Ludwig 2011; Meißner 2010; Lorey 2012; Engel 2002; Pühl/Schultz 2001; Pühl 2008; Rau 2006 und die Beiträge in Pieper/Gutiérrez Rodríguez 2003 sowie in Bargetz/Ludwig/Sauer 2015). Ein breites Spektrum an Arbeiten widmet sich dabei den Komplexen Biopolitik und Geschlecht, wobei vor allem Reproduktions- und Biotechnologien (vgl. Kalender 2011; Waldby/Cooper 2008; Murphy 2012; Arni 2012; Mills 2016; Lettow 2011 und die Beiträge in Inhorn 2007 und Lettow 2012), Eugenik und Geburtenkontrolle (vgl. etwa Schutzbach 2020; Kevles 1995; Clay/Leapman 1995; Roberts 1997; Stoler 2002; Schultz 2006; Inda 2002) sowie biopolitische Wissensformen analysiert werden (für einen Überblick vgl. die Beiträge in Sänger/Rödel 2012a). Letztere zielen dabei vor allem auf die Selbstführungen und -techniken der Subjekte. Vereinzelt wird auch auf die biopolitische Rolle von Migrationskontrolle oder Volkszählungen eingegangen (vgl. Hess 2012; Supik 2012).

Vielleicht nicht zufällig kann eine vergleichbare Konjunktur ab den 2000er Jahren auch für den Begriff der sozialen Reproduktion beobachtet werden (vgl. Federici 2012a; Winker 2015; Aulenbacher/Riegraf/Völker

2015; Das Argument 2011; Prokla 2014; zur Problematik der teils widersprüchlichen Verwendung des Begriffs in der Debatte vgl. Dück/Hajek 2018). Auf familienpolitische Maßnahmen wird in diesem Kontext jedoch nur selten eingegangen. Eine Ausnahme stellt Gabriele Winker (2007) dar, die die Effekte der deutschen Familienpolitik in den 2000er Jahren auf das Reproduktionsvermögen unterschiedlicher sozioökonomischer Milieus hervorstreicht. Darüber hinaus spielen familienpolitische Entwicklungen eine höchstens untergeordnete Rolle, etwa wenn auf die Neuorganisation und Neuverteilung reproduktiver Leistungen im Rahmen neoliberaler politischer Programmatiken eingegangen wird (vgl. Aulenbacher 2009; Aulenbacher/Riegraf 2009; Chorus 2007; Jürgens 2010).

Trotz dieser zeitgleichen Konjunkturen leisten nur wenige Arbeiten eine Verbindung dieser Begriffe als analytische Kategorien. So zeigt etwa Penelope Deutscher (2012) auf, dass die Rezeption von Foucaults *Sexualität und Wahrheit I* entweder auf Biopolitik im Sinne von Führungs- und Selbsttechniken (vgl. Agamben 2002; Rose 2007; Rabinow/Rose 2006) oder auf Implikationen für das Verständnis von Sexualität fokussieren, wobei hier biopolitische Fragen, etwa der Geburtenraten, keine Rolle spielen (vgl. Butler 1999; Halperin 1995). Deutscher argumentiert demgegenüber dafür, die Rolle der reproduktiven Sexualität in der Lektüre von Foucaults Ausführungen zur Biopolitik stärker in den Blick zu nehmen. Daran knüpft auch Susanne Schultz (2012, 2013, 2015a, 2015b) an, die auf erhellende Weise die »Demographisierung« der deutschen Familien- und Migrationspolitik analysiert. Sie begreift reproduktive Sexualität als biopolitisches »Scharnier« (Schultz 2015, 338) und macht aus intersektionaler Weise deutlich, dass rassistische Biopolitiken vor allem *bestimmten* Frauen die Entscheidung für ein Kind erleichtern sollen (vgl. Ginsburg/Rapp 1995). Mike Laufenberg (2014) beschäftigt sich in seiner Arbeit mit gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um Homosexualität und bezieht sich auf ein Verständnis von Biomacht, das er um die feministische Diskussion um Reproduktionsprozesse anreichert. Er argumentiert, dass das Sexualitätsdispositiv als fester Bestandteil moderner Biopolitik gefasst werden muss, da es vergeschlechtlichte und rassifizierte Subjekte hervorbringt und diese mit Staat, Ökonomie und Haushalt in Verbindung setzt (insbes. ebd., 250ff.). Biomacht erhält und reproduziert sich in dieser Konzeption somit über Normen und gesellschaftliche Institutionen, die das Sexualitätsdispositiv herstellt. Janine Brodie wiederum sucht – in Abgrenzung zu einer normativen Konzeption von sozialen Rechten –, den biopolitischen Gehalt von Sozialstaatlichkeit über

die Begriffe der »social governance« (Brodie 2008) oder »meta-narratives« (Brodie 1997) zu fassen und zu historisieren.

In Bezug auf die *empirische Analyse* der nachhaltigen oder bevölkerungsorientierten Familienpolitik stellt sich der themenrelevante wissenschaftliche Textkorpus ungleich umfangreicher dar. Er kann entlang von sieben Dimensionen umrissen werden. Zum *Ersten* ist die Programmatik der nachhaltigen Familienpolitik in einer generellen Konjunktur der Bevölkerungspolitik und der demographischen Forschung in Deutschland seit den 1990er Jahren zu verorten. Der Fokus der Debatte liegt vor allem auf der diagnostizierten sinkenden Geburtenrate und der steigenden Lebenserwartung, sowie auf der daraus resultierenden »Alterung« (vgl. Birg 2005) und »Schrumpfung« der Bevölkerung (vgl. Kaufmann 2005) und der damit einhergehenden sozialen, ökonomischen und politischen Effekte (vgl. die Beiträge in Frevel 2004; Hüther/Naegele 2013; Sackmann/Jonda/Reinhold 2008).

Diese demographische Forschung ist *zweitens* jedoch selbst Gegenstand einer kritischen Auseinandersetzung. Neben einer Problematisierung der demographischen Wissensgenerierung und Szenarienentwicklung selbst (Bosbach 2006; Ebert/Kistler 2007; Cornelius 2007), wird die Demographie als Aushandlungsfeld gesellschaftlicher Interessenskonflikte in den Blick genommen (Holland-Cunz 2007; Messerschmidt 2014; zur Kritik konstruktivistischer Ansätze in diesem Feld vgl. Sackmann/Bartl 2008). Christoph Butterwegge (2006) argumentiert etwa, dass mit dem »Kampfbegriff« der »Generationengerechtigkeit« von Verteilungsfragen abgelenkt, und ein neoliberaler Ab- und Umbau des Sozialstaates legitimiert wird. Ähnlich diagnostizieren auch Eva Barlösius und Daniela Schiek (2007) seit den 2000er Jahren eine »Demographisierung des Gesellschaftlichen«. Damit fassen sie die Umdeutung sozialer Probleme und Konflikte in demographische, die wiederum spezifische politische Maßnahmen als alternativlos erscheinen lassen (vgl. Hummel 2006 mit Blick auf den globalen Süden).

Darüber hinaus sind Demographiepolitiken in Deutschland Gegenstand einer umfassenden Kritik: So werden historische Kontinuitäten zum Nationalsozialismus aufgezeigt (vgl. Lengwiler 2007; Rainer 2007), demographisch legitimierte Infrastrukturgefälle zwischen urbanen und ländlichen Gebieten kritisiert (Barlösius/Neu 2007; Beetz 2007; Tutt 2007), die Instrumentalisierung von alten Menschen als (zivil-)gesellschaftliche Ressource problematisiert (vgl. Graefe 2012; van Dyk 2007) oder die politische und akademische Fokussierung auf die niedrige Geburtenrate und das reproduktive Verhalten von Frauen in den Blick genommen (vgl. Auth 2007; Cornelißen 2006 und

Roloff 2007; Correll 2011). Daran anknüpfend wird auch eine stärkere politische Adressierung von Männern gefordert (Scheele 2006; Meuser 2007; für die Schweiz vgl. Maihofer/Baumgarten/Kassner/Wehner 2010).

Drittens werden die familienpolitischen Reformen der 2000er Jahre selbst im Kontext demographischer Diskurse und Bevölkerungspolitiken analysiert (Peuckert 2019). So wird die Situation in Deutschland mit anderen Ländern und immer wieder vor allem mit Frankreich verglichen, in denen die Familien- und Gleichstellungspolitik enger verzahnt ist (vgl. Onnen-Isemann 2007; Lindecke 2007; Gerlach 2009; Dackweiler 2006). Für Deutschland wird demgegenüber gerade der Bedeutungsverlust von Gleichstellung als Politikziel im Rahmen der nachhaltigen Familienpolitik aufgezeigt (Schiek 2007; Stiegler 2006; Kahlert 2011a; Kahlert 2011b). Vereinbarkeitspolitiken, die auf eine bessere Vereinbarkeit von Fürsorgeverantwortungen und Erwerbsarbeit für Frauen abzielen, erscheinen in diesem Kontext mehr als »Mittel denn als Zweck«, vor allem angesichts der Tatsache, dass gleichstellungspolitisch relevante Felder wie die Entgeltgleichheit, das Ehegattensplitting oder die vergeschlechtlichte Arbeitsteilung im Haushalt im Rahmen dieser Reformen unangetastet bleiben. Zudem wird der Fokus auf die niedrige Geburtenrate und eine entsprechende Fokussierung der Förderung vor allem von Akademikerinnen und gutverdienenden Frauen problematisiert (Kahlert 2007). Susanne Schultz (2012, 2013, 2015) charakterisiert die nachhaltige Familienpolitik als »selektiv pronatalistisch« um die starken Klassen- und rassistische Selektivitäten zu betonen (vgl. auch Hummel 2000; Schultz/Kyere 2020).

Die feministische Wohlfahrtsstaatsforschung nimmt die nachhaltige Familienpolitik *viertens* mittels einer Regime-Heuristik im diachronen wie auch im Ländervergleich in den Blick. Hier wurde bereits früh, nämlich 2003, ein Ende des sozialstaatlich institutionalisierten Familienernährermodells und ein Übergang zu einem *adult worker modell* diagnostiziert (vgl. Leitner/Ostner/Schratzenstaller 2004). Im Vergleich zu anderen Disziplinen streicht die feministische Wohlfahrtsstaatsforschung dabei am deutlichsten den Bruch heraus, den die nachhaltige Familienpolitik ab 2002 zum deutschen Sozialstaatsmodell seit den 1950er Jahren darstellt. Trotz bestimmter Kontinuitäten, wie etwa der Beibehaltung des Ehegattensplittings (vgl. Knijn/Lewis/Martin/Ostner 2008) ist hier somit von einem »Paradigmenwechsel« (Ostner 2006) die Rede, die der Ausbau der außerhäuslichen Kindertagesbetreuung und die Erwerbsanreize für Mütter im Gegensatz zum stark familialisierenden, konservativen Wohlfahrtsstaat Westdeutschlands

darstellt (vgl. auch Pfau-Effinger 2005). Ähnlich dem Paradigma sozialinvestiver Politik (Auth 2018; Daly 2004; vgl. auch Ostner 2010) wird unter dem Stichwort der »Ökonomisierung der Familienpolitik« (Leitner 2008, 80; vgl. Ostner 2008) ein Prozess der Neuausrichtung von Sozialpolitik an den Zielen von Wirtschaftswachstum und Humankapitalproduktion beschrieben. Nach Sigrid Leitner (2008) stellt diese Programmatik zugleich eine Einengung familienpolitischer Motive dar.

Auch die feministische Wohlfahrtsstaatsforschung analysiert die nachhaltige Familienpolitik im internationalen Vergleich. Gegenüber Österreich und Frankreich hebt etwa Leitner (2009, 2010) dabei den status- und damit Ungleichheit reproduzierenden Charakter der deutschen Familienpolitik hervor. Mit der britischen Familienpolitik wiederum teile Deutschland die Ökonomisierungsdiskurse und die relative Konvergenz der parteipolitischen Positionen, erstere ist jedoch stärker auf die Bekämpfung von Kinderarmut ausgerichtet, die in Deutschland als Politikziel wiederum nur eine nachgeordnete Rolle spielt (Rüling 2010; vgl. Rüling/Kassner 2007).

Fünftens wird die nachhaltige Familienpolitik als Teil der aktivierenden Arbeitsmarktpolitik analysiert, die in Deutschland mit der Umsetzung der Agenda 2010 einsetzt. Die zunehmende Adressierung von Müttern im Rahmen von *workfare*-Politiken wird ebenso hervorgehoben wie die steigende geschlechtsspezifische Arbeitsmarktsegregation (Dingeldey/Reuter 2003; vgl. auch Kurz-Scherf/Lepperhoff/Scheele 2005; Gerhard 2010; Mätzke 2011a, 2011b).

Auch die Ungleichheitseffekte, die mit der nachhaltigen Familienpolitik verbunden sind, werden von einer Reihe von Arbeiten analysiert. Während qualifizierte und gutverdienende Frauen und Mütter etwa vom einkommensabhängigen Elterngeld profitieren, verzeichnen von Armut betroffene oder arbeitslose Mütter gegenüber den vorhergehenden Leistungen im Rahmen des Erziehungsgeldes Einbußen. Das fördere nicht zuletzt die soziale Ungleichheit unter Familien und besonders Frauen (Henninger/Wimbauer/Dombrowski 2008b; Farahat/Janczyk/Mängel/Schönig 2006; Jurczyk 2010b). Annette Henninger, Christine Wimbauer und Rosine Dombrowski (2008a) sprechen mit Blick auf die nachhaltige Familienpolitik daher von einer »exklusiven Emanzipation«; Diana Auth, Eva Buchholz und Stefanie Janczyk (2010) von einer »selektiven Emanzipation«; Oliver Nachtwey (2006) von einer »produktivistischen Selektivität« und Jörg Nowak (2010; 2009) von einem »klassenselektiven Ernährermodell«.

Die (vergleichende) Policy-Forschung fragt *sechstens* nach den Gründen wie auch nach der Ausgestaltung des Politikwechsels im Rahmen der nachhaltigen Familienpolitik. Annette Henninger und Angelika von Wahl (2010) weisen auf das scheinbare Paradox hin, dass diese weitreichenden Reformen mit klar ent-familiarisierenden Effekten gerade unter der CDU-Politikerin von der Leyen verabschiedet wurden. Nur einer christdemokratischen Ministerin (und siebenfachen Mutter) – so die These – war es möglich, diese programmatischen Reformen in der Union sowie in der Koalition durchzusetzen (vgl. von Wahl 2008).

Sonja Blum (2012) kommt im Vergleich der nachhaltigen Familienpolitik mit Reformen in Österreich zu ähnlichen Ergebnissen, betont jedoch – im Gegensatz zu anderen Arbeiten (vgl. Kahlert 2011b) – die Rolle von Policy-Transfers zwischen der EU-Ebene und Deutschland sowie des günstigen Zeitfensters für die Verabschiedung des Kinderförderungsgesetzes (KiföG) (vgl. für Prozesse des Policy-Lernens bei der Elternzeit Bothfeld 2005).

Auch die Policy-Forschung verweist auf Kontinuitäten in Bezug auf das Familienernährermodell, die sich etwa in der Beibehaltung des Ehegattensplittings wie auch in der ökonomisch begründeten ungleichen Inanspruchnahme von Elternzeit von Müttern und Vätern zeigen (vgl. Träger 2007; Mayer/Rösler 2013; Riedmüller 2009). Zudem wird auf die wachsende Bedeutung familienpolitischer Leistungen im Rahmen eines zunehmenden wohlfahrtsstaatlichen *income-mixes* und einer Abkehr vom Prinzip der Lebensstandardsicherung betont (Bleses 2003), wie auch die Überlagerung von Gleichstellungspolitik durch bevölkerungs- und familienpolitische Zielsetzungen kritisiert (Lindecke 2005; Jurczyk 2007; Böllert/Oelkers 2010).

Schließlich und *siebtens* fragen zahlreiche Arbeiten nach der Effektivität der nachhaltigen Familienpolitik hinsichtlich ihrer selbstgesteckten Ziele, aber auch nach ihren Effekten auf unterschiedliche sozioökonomische Milieus. Im Vergleich mit der vorhergehenden Maßnahme des Erziehungsgeldes wird dem Elterngeld zwar eine höhere programmatische Zielkonformität der Policy-Instrumente im Hinblick auf die gewünschte Erhöhung der Frauenerwerbsquote und Geburtenrate attestiert (Müller-Heine 2006), jedoch war bis 2012 kein Anstieg der Geburten zu verzeichnen (Hülkamp/Seyda 2005). Zudem bewirken die weiterhin bestehenden Entgeltunterschiede zwischen Männern und Frauen, dass das Elterngeld für Mütter zum überwiegenden Teil unter der Armutsgrenze liegt, was wiederum Abhängigkeiten in Paarbeziehungen fördert (Schutter/Zerle-Elsäßer 2012; Martinek 2010; Kluge/Tamm 2009; Reimer 2013; Neumann 2019). Auch räumlich

wird eine »ungleiche Geographie des Elterngeldes« diagnostiziert: Bezugshöhe, Bezugsdauer und Bezugsmuster in der Partnerschaft variieren regional stark (Kemper/Mösgen 2017).

Die Literatur ist sich einig, dass die Nachfrage nach Kinderbetreuungsplätzen die politischen Zielmarken in den beschlossenen Gesetzen bereits kurz nach deren Verabschiedung übertraf und die Bedarfsquote weiterhin zunimmt (Seils 2013; Krone/Stöbe-Blossey 2010; Rauschenbach/Riedel/Schilling 2007; Spieß/Wrohlich 2005). Ein besseres Angebot an Kindertagesbetreuung korreliert dabei mit einer erhöhten Erwerbsbeteiligung der Eltern (Steiner/Wrohlich 2006). Die Kommunen unterscheiden sich hinsichtlich der Umsetzung des Kita-Ausbaus jedoch stark, was nicht nur finanzielle Gründe hat, sondern auch auf unterschiedliche *framings* der Akteure von Familie und Kinderbetreuung (Vidot 2017), sowie auf die entsprechenden Bildungspläne der Länder zurückzuführen ist (Meyer 2018).

Der nachhaltigen Familienpolitik wurde zudem bereits früh attestiert, sie entspreche nicht den drängenden Problemlagen von Familien und Eltern, wie etwa der Kinderarmut oder der mangelnden Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit (Schratzstaller 2002). Schließlich wird die nachhaltige Familienpolitik in Bezug auf das Nachhaltigkeitsverständnis (Ahrens 2012), wie auch vor dem Hintergrund feministischer Gerechtigkeitstheorien analysiert (Woods 2005).

Dieser Überblick gibt mir die Möglichkeit, mein Forschungsinteresse noch einmal klarer zu formulieren. Zum *Ersten* und mit Bezug auf die konzeptionelle Dimension fällt auf, dass sich trotz der anhaltend breiten Rezeption der Begriffe der Biopolitik und sozialer Reproduktion in der feministischen Theorie und Politik nur vereinzelte Arbeiten an einer Zusammenführung beider Konzepte versuchen. Ich argumentiere, dass sich diese Zusammenführung nicht nur aufgrund rezenter politischer Entwicklungen, wie der aufgezeigten Demographisierung vieler Politikfelder, anbietet. Darüber hinaus teilen beide Begriffe einerseits die Problematik der politischen Intervention, Regulierung und Reproduktion von Bevölkerung. Andererseits verbindet sie ein Politikverständnis, das Politik nicht im Gegensatz zum Privaten definiert, sondern vielmehr in den Blick nimmt, wie gerade das scheinbar »Natürliche«, das »Leben«, und damit auch Körper und Bevölkerung zum Gegenstand von Politik werden (Lettow 2005). Trotz dieser interessanten Parallelen sind die Versuche einer produktiven Zusammenführung, wie oben dargestellt, an einer Hand abzuzählen. Diejenigen Ansätze, die über eine ausladende und historisch umfassende Konzeption

von »Meta-Narrativen« als Grundlage sich wandelnder Formen von Sozialstaatlichkeit hinausgehen, konzipieren Biopolitik vor allem als Regierung individueller, vergeschlechtlichter Körper. Biopolitik wird dabei als Körperpolitik verstanden; mit dem Begriff der Reproduktion dabei vor allem auf die *generative* Reproduktion der Individuen abgestellt. Dies impliziert ein Verständnis von Biopolitik als spezifische Form der Machtausübung, die vor allem über Fremd- und Selbstführungstechnologien gefasst wird (vgl. Sänger/Rödel 2012b, 9ff.). Biopolitik meint hier das Einwirken auf individuelle Entscheidungen, wie etwa in Bezug auf das generative Verhalten, welches über vergeschlechtlichte Anrufungen an die Individuen operiert. Eine solche Konzeption von Biopolitik setzt der Analyse von Familien- und Bevölkerungspolitik jedoch Grenzen. Wie auch Susanne Schultz (2015b, 13) argumentiert, kann der Fokus auf Selbstführungstechniken und das unternehmerische selbstoptimierende Subjekt (vgl. Rose 1989, 2000; Bröckling 2007) nicht erfassen, wie biopolitische Regulierungsweisen *Bevölkerung* adressieren, diese stratifizieren und unterschiedliche Segmente entlang spezifischer programmatischer Zielsetzungen unterschiedlich anrufen. Der Fokus auf – auch vergeschlechtlichte – Formen der Subjektivierung und somit auf die Ebene der Individuen verstellt damit den Blick auf eine andere analytische und politische Ebene: Biopolitik als Regulierung von Bevölkerung, die immer auch über qualitative Differenzierungen arbeitet und unterschiedliche Bevölkerungssegmente in ein qualitativ-hierarchisches Verhältnis setzt. Zudem, so argumentiere ich, gehen familienpolitische Maßnahmen – wie sie auch im Rahmen der nachhaltigen Familienpolitik beschlossen wurden – über ein Regieren von generativem Verhalten weit hinaus: sie umfassen Fragen der Sozialisation und Erziehung sowie die Rolle verschiedener Institutionen darin, das Eltern-Kind-Verhältnis sowie vergeschlechtlichte Formen der Arbeitsteilung. Anstelle von Selbstführungstechnologien bietet es sich im Rahmen dieser Arbeit also viel eher an, *soziale Reproduktionsverhältnisse* in den Blick zu nehmen. Oder anders formuliert: Ich möchte mit dem Begriff der Biopolitik nicht nur die reproduktiven Körper und das reproduktive Verhalten analysieren, sondern vielmehr die Verhältnisse, in denen diese reproduktiven Individuen eingebettet sind. Das zieht auch ein Verständnis von Biopolitik nach sich, das über Generativität hinausgeht.

Mir geht es in Abgrenzung zum Forschungsstand zu den Begriffen der Biopolitik und der sozialen Reproduktion somit um eine Konzeption, die explizit die *Bevölkerung* und die Modi ihrer Regulierung und Reproduktion in den Blick nimmt. Diese soll es einerseits ermöglichen, die Regulierung der

Bevölkerung in ihrer Totalität und den biopolitischen Einsatz in ihrer programmatischen Segmentierung zu analysieren. Andererseits soll sie über die generative Reproduktion und die damit verbundenen Selbstverhältnisse hinaus die Erfassung sozialer Reproduktionsverhältnisse und die Rolle von Familie darin greifbar machen.

Zweitens lässt sich mit Bezug auf die politikfeldspezifischen Debatten, die im Forschungsstand skizziert wurden, festhalten, dass einzelne Dimensionen sozialer Reproduktion in der Debatte zur nachhaltigen Familienpolitik zwar eine Rolle spielen, etwa in der Frage nach den Effekten auf das Ernährermodell. Als *Biopolitik* und damit als Form der politischen Regulierung von Bevölkerung wird diese jedoch nicht analysiert (für eine Ausnahme vgl. die Arbeiten von Susanne Schultz 2012, 2013, 2015a, 2015b). Dies überrascht umso mehr, als die nachhaltige Familienpolitik explizit bevölkerungspolitische Zielsetzungen formuliert. Zudem gibt es ein umfassendes Wissen um die Politikprozesse, die Effekte und den internationalen und diachronen Vergleich der nachhaltigen Familienpolitik. Der zentrale *Gegenstand* dieser Reformen, die Familie, wird in der Debatte – bis auf wenige Ausnahmen (vgl. Correll/Kassner 2017) – durchgängig als gegebene und unveränderliche Größe gesetzt. Zwar werden in der feministischen wie auch kritischen Sozialstaatsforschung die Effekte der nachhaltigen Familienpolitik auf familiäre Formen des Zusammenlebens aufgezeigt, etwa auf die familiäre Arbeitsteilung oder die Erwerbsmuster von Müttern und Vätern. Darüber hinaus bleibt Familie in den skizzierten Arbeiten den bevölkerungspolitischen Programmatiken äußerlich. Demgegenüber frage ich im Rahmen dieser Arbeit danach, wie sich die Bedeutung von Familie im Rahmen der umgreifenden Reformen der nachhaltigen Familienpolitik ändert: Welches ›Bild‹ von Familie wird hier artikuliert, welche gesellschaftlichen und reproduktiven Funktionen und Verantwortlichkeiten werden der Familie darin zugeschrieben (oder abgesprochen) und welche vergeschlechtlichten Subjektivitäten, etwa Vater- und Mütterbilder sind damit verbunden?

Diese Bedeutungsänderung ist für mich im Rahmen dieser Arbeit deshalb so zentral, da ich das Wissen um Familie, das in der nachhaltigen Familienpolitik artikuliert ist, als grundlegend für die Analyse und das Verständnis biopolitischer Regulierungsweisen und der Regulierung sozialer Reproduktionsverhältnisse erachte. Über familienbezogene Wissensbestände, so möchte ich argumentieren, werden nicht nur spezifische Probleme in Bezug auf Bevölkerung und ihre Reproduktion artikuliert, sondern auch bestimmte Lösungen und Interventionsformen. Dem möchte ich über